

04/2019

fdplus



Freiheit braucht Verbündete.

Meinungsfreiheit

Wir brauchen ein neues
Debattenklima.

Stiftung

Kampf um die Menschenrechte
auf den Philippinen.

Hamburg

Der Wahlkampf in der
Elbmetropole beginnt.



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

MENTORING + SKILLS + NETWORKING + WISSEN =

EMPOWERMENT
#FEMALEFORWARD

GUTE POLITIK BRAUCHT MUTIGE FRAUEN!

**DAS EMPOWERMENT-PROGRAMM DER
FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT**

freiheit.org

FÜR FRAUEN, DIE:

GUTE IDEEN FÜR IHR UMFELD UND MUT ZUR VERÄNDERUNG HABEN

OPTIMISMUS UND ENGAGEMENT MITBRINGEN

POLITISCH ODER GESELLSCHAFTLICH AKTIV SIND

IHR LIBERALES PROJEKT VORANTREIBEN ODER EINS ENTWICKELN WOLLEN

Bewerbungen für die Teilnahme sind drei Mal im Jahr möglich.

Jetzt informieren und bewerben auf www.freiheit.org/empowerment

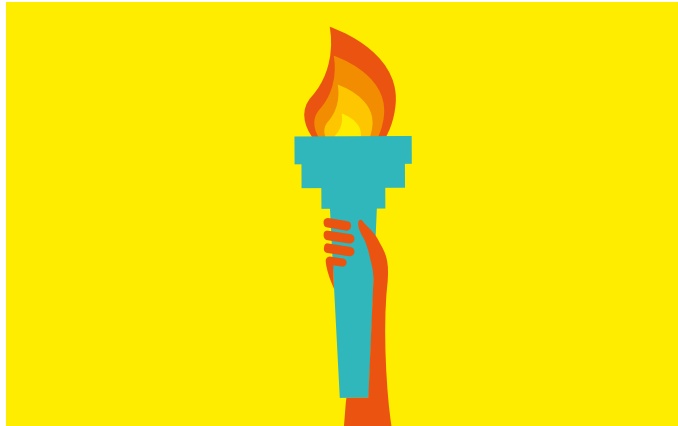
Für die Freiheit



Moritz Eichhorn
Chefredakteur
Stv. Pressesprecher der FDP

Freiheit herrscht nicht auf Dauer, nur weil sie einmal errungen wurde. Sie wird nicht ergattert und fortan besessen. Nein, Freiheit muss auch gehegt und außerdem verteidigt werden. Sonst geht sie verloren. Das aber kann keiner allein: Freiheit braucht Verbündete. Darauf legen wir den Schwerpunkt in der letzten FDPlus-Ausgabe dieses Jahres. Der Bundesvorsitzende schreibt über zunehmende Angriffe auf die Meinungsfreiheit in Deutschland. Ein Stück von den Philippinen erzählt vom Freiheitskampf einer mutigen Frau gegen ein autokratisches Regime. Und wie Bewusstsein Freiheit überhaupt erst schafft, berichtet unser Gastautor. Außerdem beschäftigen wir uns mit dem aktuellen Beben in der SPD und den Auswirkungen auf die GroKo. Was braucht Deutschland nach Ansicht der FDP jetzt? Es steht im Heft. Wir würdigen die Wahlsieger der Freien Demokraten aus Thüringen und schließlich richten wir den Blick nach vorn, gen Hamburg. Unsere Spitzenkandidatin bei der Bürgerschaftswahl erklärt, wie eine Regierungsbeteiligung in der Hansestadt gelingen kann. Und damit geht für das Genscher-Haus und die Freien Demokraten ein intensives und anspruchsvolles Jahr zu Ende – vom Jahrzehnt ganz zu schweigen. Auch in Zukunft werden wir für die Freiheit streiten und hoffen dabei auf Sie als unsere Verbündete.

Ihr



6-9

Bewusstsein schafft Freiheit

Freiheit hat die Kraft, den Populismus einzudämmen – wenn wir uns ihrer Stärken wieder bewusstwerden.

- | | |
|--|--|
| <p>5 Meldungen</p> <p>6 Bewusstsein schafft Freiheit</p> <p>10 Meinungsfreiheit unter Druck</p> <p>15 Wir sind wieder da!
FDP feiert Comeback im Thüringer Landtag.</p> <p>16 Hamburg mit Haltung gestalten
Der Bürgerschaftswahlkampf startet in der Hansestadt.</p> <p>18 Deutschland braucht einen Aufbruch</p> | <p>20 Nur Veränderung kann Wohlstand erhalten
Wenn es uns auch in Zukunft gut gehen soll, muss einiges passieren.</p> <p>22 Zur Lage der Großen Koalition</p> <p>25 Senatorin und Gefängnisinsassin – eine Frau kämpft gegen das Duterte-Regime
Leila M. de Lima und ihr Einsatz für die Menschenrechte auf den Philippinen</p> <p>27 Nachruf auf Jimmy Schulz – Netzpolitiker der ersten Stunde</p> |
|--|--|

Staffelübergabe im Hans-Dietrich-Genscher-Haus

Michael Zimmermann übernimmt zum 1. Januar 2020 die Aufgaben des Bundesgeschäftsführers der FDP. Er folgt damit auf Marco Mendorf, der das Amt seit November 2017 innehatte. Der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner dankte Mendorf für "sein herausragendes Engagement in den vergangenen Jahren". Mendorf habe maßgeblich zu großen Erfolgen der Freien Demokraten beigetragen. Zimmermann verlässt für seine neue Aufgabe in Berlin den Posten des Fraktionsgeschäftsführers der FDP-Landtagsfraktion in NRW.



Linda Teuteberg, Michael Zimmermann, Marco Mendorf und Christian Lindner vollziehen die Staffelübergabe.



Neues Tandem beim Landesverband Bayern:
Lukas Köhler und Daniel Föst

Halbzeitbilanz: Chancenland NRW

Zweieinhalb Jahre ist Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen nun am Ruder. Zur Halbzeit der Legislaturperiode haben Ministerpräsident Armin Laschet und der stellvertretende Ministerpräsident Joachim Stamp Bilanz gezogen und die Arbeitsergebnisse ihrer Landesregierung vorgestellt. "Wir haben viele Projekte vorangebracht", so Stamp. Dazu gehört, dass NRW seine Klimaschutzziele bereits übererfüllt hat. Der Haushalt kommt ohne Neuverschuldung aus. Unter Schulministerin Yvonne Gebauer hat NRW seit 2017 unter anderem die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium vollzogen. Und: Mit Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart hat sich NRW zu einem der attraktivsten Gründungsstandorte entwickelt. "Aber wir sind mittendrin in der Arbeit, mitten im Maschinenraum, um weiterhin mehr Chancen für mehr Menschen zu schaffen", so Stamp.

Neuaufstellung in den Ländern

Der politische Herbst war geprägt von Landtagswahlen in Ostdeutschland. Nach den bitteren Ergebnissen in Brandenburg und Sachsen kämpften die Freien Demokraten umso entschlossener in Thüringen und wurden mit dem Wiedereinzug in den Erfurter Landtag belohnt. Nach dem Kampf folgte nun eine Phase der Neuaufstellung. Die FDP in Brandenburg hat Linda Teuteberg zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Frank Müller-Rosentritt ist neuer Chef der sächsischen FDP und in Thüringen hat der Landesverband seinen ersten Parteitag nach dem Wiedereinzug in den Landtag abgehalten. Dort will man die modernste Mitmachpartei in Thüringen werden. Die FDP in Bayern wiederum ist für die Kommunalwahlen 2020 gut aufgestellt. Sie möchte – angeführt vom wiedergewählten Landeschef Daniel Föst und seinem neuen Generalsekretär Lukas Köhler – die Kommunen zu "Taktgebern der Digitalisierung" machen.



Die drei FDP-Minister in Nordrhein-Westfalen: Dr. Joachim Stamp, Yvonne Gebauer und Prof. Dr. Andreas Pinkwart



Bewusstsein schafft Freiheit

Der Populismus gewinnt weltweit an Stärke – und setzt Demokratien unter Druck. Ein Auslöser ist das Ungleichgewicht zwischen hohen Menschen- und Bürgerrechtsstandards auf der einen und sinkenden materiellen und sozialen Standards auf der anderen Seite. Wie die freie Gesellschaft diese Missstände lösen könnte, beschreibt Alexander Görlach in seinem Gastbeitrag für die fdplus.



Alexander Görlach
Freedom Fellow der Friedrich-Naumann
Stiftung und Honorarprofessor für
Ethik und Theologie

Die Welten, in denen wir heute leben, haben sich langsam voneinander entfernt.

Die zwei Propheten der politischen Wissenschaft, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges mit Büchern hervortaten, waren Samuel Huntington und Francis Fukuyama. Der eine beschrieb die Welt der Zukunft als einen "Kampf der Kulturen". Der andere sagte der Demokratie in seinem "Ende der Geschichte" einen Siegeszug voraus.

Die beiden Autoren haben mit ihren Buchtiteln geflügelte Worte geboren, die heute vielfach als Schablone dienen, um das zu verstehen, was sich in der Welt abspielt. Jedoch hat keiner von beiden mit seinen Vorhersagen recht behalten. Die Demokratie hat zwar einen beispiellosen Siegeszug hingelegt, aber dieser hat ihre Gegner zum Angriff provoziert. Die Welt ist heute wieder zweigeteilt.

Aber es ist kein Kampf von Kulturen gegeneinander, son-

dern zwischen Demokraten und Populisten, entstanden aus vor allem ökonomischen Entwicklungen, die Menschen überall auf der Welt treffen, gleich welcher Religion oder Kultur sie angehören.

Was ist also die Krise der Demokratie, die zugleich auch eine Krise der Freiheit ist? In den vergangenen 25 Jahren hat sich in vielen Demokratien der Welt folgendes ereignet: Durch mehr Effizienz und Produktivität ist das Bruttoinlandsprodukt gestiegen. Dieser Zugewinn ist aber immer weniger durch menschliche Arbeit entstanden und so haben am Ende, entgegen ursprünglicher Annahmen, viele Menschen nicht mehr Geld in ihren Portemonnaies, sondern weniger. Diese Entwicklung führt dazu, dass bürgerliche Freiheiten und soziale Freiheiten in eine Schieflage geraten.

Ralf Dahrendorf hat in seinem Buch "The Modern Social Conflict" bereits darauf hingewiesen: Rechte, wie jene zur freien Meinungsäußerung oder zur Religionsfreiheit (civic rights), müssen sich mit denen der materiellen Dimension (social rights), also beispielsweise Gesundheitsversorgung und Bildung, in Harmonie befinden. In vielen Demokratien ist dieses Zueinander nicht mehr gegeben. Menschen können sich immer weniger leisten und ziehen so die Versprechung der liberalen Demokratie in Zweifel.

Die Versprechung der liberalen Demokratie

Die liberale Demokratie beruht darauf, dass die Menschenrechte die Grundlage ihrer Ordnung sind und diese sich in einer fairen Rechtsordnung spiegeln, die ihren Bürgerinnen und Bürgern eben jene "civic" und "social rights" gewährt.

Wenn die Menschen gefühlt oder in Wirklichkeit weniger haben, dann berührt das die freiheitliche, kosmopolitische Ordnung elementar und bringt sie in Gefahr.

Der römische Staatsmann und Redner Cicero spricht in seinem Buch "De Officiis" bereits ausführlich über die Komponenten des Kosmopolitismus: Zum einen beruhe er auf der Wahrnehmung, dass alle Menschen durch ein Band der Menschheitsfamilie miteinander verbunden seien. Daraus folgt für ihn, dass dieses Gefühl in Recht übersetzt werden muss, zum Beispiel ein Verbot unmenschlicher Folter. Zum Anderen stellt er auch die kontroverse Frage: Wieviel schulden wir einander aufgrund unserer Verbundenheit in der Menschheitsfamilie? Was tun, wie viel geben, wenn in einem Nachbarland ein Erdbeben wütet – oder ein Bürgerkrieg Millionen Menschen zur Flucht zwingt?

In einer Zeit, in der Menschen nicht mehr so viel haben wie zuvor oder um den Verlust ihres Status fürchten, wird die Bereitschaft abnehmen, in diesem materiellen Sinne Kosmopolit zu sein. Das erleben wir jetzt – und geht mit einer Entwürdigung anderer Menschen einher, die sich in widerlichen Rufen, dass Flüchtlinge doch einfach im Mittelmeer ertrinken mögen und sogar auch in Gewalt niederschlägt.

Gefühl der Entwürdigung

Ökonomische Entfremdung führt aber auch, so schreibt es Francis Fukuyama in seinem neuen Buch "Identität", zu einem Gefühl der Entwürdigung bei den betroffenen Menschen. Dies erklärt, warum die Proteste, die wir im Moment

weltweit sehen, aufgrund oft nur kleiner Beträge, die die Menschen mehr zahlen sollen, das Fass zum Überlaufen bringen: Benzinpreiserhöhungen, Bustickets, die teurer werden, eine Steuer auf die Nutzung sozialer Medien. Hier geht es natürlich um den materiellen Aufpreis, aber auch um das Gefühl der Entwürdigung, diesen nicht mehr zahlen und in Konsequenz nicht mehr am Leben der Gesellschaft teilnehmen zu können.

Die Welt wird zweigeteilt

Ein besonders eindrückliches Beispiel in der freien Welt sind die Vereinigten Staaten. Nach der Krise 2009 galt ein Drittel der Bevölkerung als arm oder überschuldet. Die Banken wurden gerettet, aber hunderttausende Amerikaner verloren ihr Haus und wurden auf die Straße gesetzt.

Eine Agenda des Gebens und des Gemeinsamen interessiert jedoch Menschen oft nicht, die – wie seinerzeit viele Amerikaner – arm oder obdachlos sind, die bei ihren Schwierigkeiten oder Geschwistern in einen Kellerraum einziehen müssen oder um ihren gesellschaftlichen Status fürchten. Die illiberalen, die populistischen "starken Männer" bieten in dieser Situation Hilfe an: Gebt eure Freiheitsrechte auf und lasst uns eine homogene Nation bauen, die, wie eine Familie, unfaires Verhalten nicht mehr zulässt.

Die Welt wird dadurch wieder zweigeteilt: in Demokraten, deren Aufgabe es jetzt ist, bürgerliche und soziale Freiheiten wieder ins Lot zu rücken, und Befürworter eines autoritären Systems. Beide stehen letztlich vor denselben Herausforderungen. Es wird darum gehen, wer sie besser lösen kann.

Unsere Demokratie muss ihre Institution renovieren

Die freiheitlichen Staaten, die in der Diplomatie miteinander verbunden als "likeminded countries" bezeichnet werden, sind hier die stärkeren Partner. Der Systemwettstreit mit China sieht doch so aus: In der freien Welt bedeutet jeder gesellschaftliche Wandel, hervorgerufen durch technologische Disruption, auch Erschütterungen für das politische System. Unsere Demokratie muss ihre Institutionen renovieren – und sie tut es ja bereits.

Die Wahrheit aber ist, dass in freien Gesellschaften der Gesetzgeber zum Zuge kommt, nachdem Innovation geschaffen wurde. Die chinesische Regierung versucht, durch



Wenn das liberale, kosmopolitische Modell den Sieg davontragen soll, müssen sich alle, die in der freien Welt leben, seiner Stärken wieder bewusst werden.

Systemwettbewerb
mit China!

totale Überwachung die Denkräume einzuschränken, innerhalb derer Wissenschaftler und Unternehmer denken und operieren, um so gelenkt zu verhindern, dass Gedanken aufkommen, die der Kommunistischen Partei gefährlich werden könnten. Um eine gute und wandlungsfähige Wirtschaft zu haben, brauchen Akteure darin Verständnis für die Wirklichkeit und für die Gesellschaft. Sie müssen etwas über die Qualität von Produkten, technische Machbarkeit, ethische Tragfähigkeit von Disruption sagen können. All das geht nur in freien Gesellschaften.

Grundlage für ein solches Denken ist die Empathie, die in freien Gesellschaften Menschen befähigt, durch kritisches Denken den Mitmenschen zu verstehen. Autokratische, illiberale Systeme können das nicht, da ihr System von Ressentiment befeuert wird. Wenn das liberale, kosmopo-

litische Modell den Sieg davontragen soll, müssen sich alle, die in der freien Welt leben, seiner Stärken wieder bewusst werden.

Dr. Alexander Görlach ist Freedom Fellow der Friedrich-Nau-mann-Stiftung für die Freiheit. Er forscht, lehrt und arbeitet unter anderen am Carnegie Council for Ethics in International Affairs, der Cambridge University und der Leuphana Universität in Lüneburg. Seine aktuelle Buchpublikation mit dem Titel "Homo Empathicus. Von Sündenböcken, Populisten und der Rettung der Demokratie" ist im Herder Verlag erschienen.

Meinungsfreiheit unter Druck

Ob bei öffentlichen Veranstaltungen oder in den sozialen Medien: Die freie Meinungsäußerung gerät immer mehr unter Druck durch bewusstes Missverstehen und Verdrehungen von Inhalten – und wird teilweise sogar komplett verhindert. Wir brauchen ein neues Debattenklima.



Christian Lindner

FDP-Bundesvorsitzender und
Vorsitzender der FDP-Fraktion

Freiheit – das bedeutet für uns Freie Demokraten auch und vor allem, seine Meinung überall frei äußern zu dürfen. Rein formal ist die Meinungsfreiheit in unserem Land durch Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert. Wer sich an Debatten beteiligt, muss nicht mit staatlicher Repression rechnen, wie dies leider in vielen autokratisch regierten Ländern auf der ganzen Welt der Fall ist. Trotzdem steht es um die Meinungsfreiheit und das Debattenklima auch in unserem Land nicht zum Besten.

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie ist aber nur so gut, wie sie auch praktisch gelebt wird. Ich habe das kürzlich während eines Auftritts vor mehreren hundert Studierenden vor dem Rechtshaus der Uni Hamburg betont. In den Räumen der Uni durfte ich nicht sprechen – weil

eine Veranstaltung auf Einladung der Liberalen Hochschulgruppe wegen eines angeblich parteipolitischen Charakters untersagt wurde. Das war zumindest die Begründung der Universität.

Wenn eine Uni keine Veranstaltungen mit Mandatsträgern genehmigt, akzeptiere ich diese Regel zwar. Sie ist aber falsch. Wir brauchen mehr Debatten und nicht weniger. Dass kurze Zeit vor mir der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert und die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht in Räumen der Uni Hamburg sprechen durften, wirft zudem die Frage auf, ob hier nicht mit zweierlei Maß gemessen wird.

Ein anderer Fall an der Uni Hamburg: Mit Bernd Lucke wurde ein Professor durch linke Gruppen daran gehindert, eine Vorlesung zu halten. In seiner Funktion als AfD-Vorsit-



Meinungsfreiheit unter besonderen Bedingungen: Christian Lindner spricht vor der Universität Hamburg mit Studenten und Journalisten.

Freie Meinungsäußerung darf kein alleiniges Recht des Stärkeren sein.

zender habe ich Bernd Lucke in der Sache hart bekämpft. Der Bürger und Professor Lucke darf aber nicht mundtot gemacht werden. Ebenfalls ein Alarmzeichen ist, dass der frühere Bundesinnenminister Thomas de Maizière in Göttingen nur unter Polizeischutz aus seinem Buch "Regieren" vorlesen konnte. Das dürfen wir uns als Gesellschaft nicht bieten lassen.

Unser Debattenklima gerät dabei von zwei Seiten unter Druck: Seit einigen Jahren erleben wir eine Ausweitung des Sagbaren von rechtsaußen – mit Tabubrüchen, bewusst verletzenden Aussagen und offen völkisch-nationalistischem Denken. Als populistisches Geschäftsmodell wird bewusst der soziale Zusammenhalt in Zweifel gezogen. Man will Vorurteile politisch kultivieren, um auf genau die-

sen Empörungswellen dann bezahlte Parlamentsmandate zu gewinnen.

Gleichzeitig und auch als Reaktion darauf breitet sich von der linken Seite des politischen Spektrums her eine hypersensible Bewachung politischer Korrektheit aus. Wer sich zum Beispiel bei Debatten um Migration und Klimaschutz von einem medial geprägten Mainstream entfernt, der gerät schnell in Generalverdacht. Er läuft Gefahr, als relevante Stimme aus dem Diskurs ausgeschlossen zu werden.

Wer sprachmächtig ist und aus einer herausgehobenen Position heraus in Debatten eingreift, mag diesen heftigen Gegenwind noch aushalten können. Auch gibt es kein Recht darauf, von Widerspruch befreit zu werden. Aber selbst ein Parteivorsitzender wie Robert Habeck oder ein prominen-

ter Journalist wie Ulf Poschardt haben sich inzwischen aus einem sozialen Medium wie Twitter verabschiedet. Gerade in den sozialen Medien wird sehr scharf und sehr schnell geurteilt. Das Mittel der Häme, das Mittel des bewussten Missverstehens, die Worte im Mund umdrehen – auch das ist eine Form der Einschränkung der Meinungsfreiheit. Denn eine größere Zahl von Menschen sagt inzwischen in Umfragen, sie würden sich nicht trauen, ihre Meinung offen zu sagen.

Was uns in öffentlichen Debatten gut täte, wären etwas mehr Gelassenheit, etwas mehr Bemühen um Verständnis beim anderen und mehr Toleranz gegenüber Meinungen, die man selbst vielleicht nicht teilt. Ich nenne das interpretatorisches Wohlwollen. Es würde auch Menschen helfen, ihre Meinung zu äußern, die rhetorisch möglicherweise von Natur aus zurückhaltender sind.

Aus meiner Sicht umfasst das Recht auf Meinungsfreiheit das Recht, seine Meinung im Rahmen der bestehenden Gesetze frei äußern zu können, ohne Gefahr zu laufen, mit sozialen und gesellschaftlichen Sanktionen belegt zu werden. Wir sollten zurückweisen, was an Ressentiments vorgebracht wird, aber wir sollten uns auch nicht eine rein linke Diskurshoheit aufdrücken lassen. Es gibt eine breite Mitte in Deutschland, die es verdient, dass auch sie Teil der Meinungsvielfalt ist.

Basisanträge zum 71. Ord. Bundesparteitag

250 Mitglieder können gemeinsam Anträge stellen und Personalvorschläge für Wahlen machen.

Voraussetzungen:

- Antrag/Wahlvorschlag formulieren.
- Unterstützungsunterschriften von mind. 250 Mitgliedern sammeln.
- Vertreter benennen, der den Antrag einreicht und auf dem Bundesparteitag vertritt.

Fristen:

- Für Satzungsänderungsanträge:
Donnerstag, 20. Februar 2020, 24.00 Uhr.
- Für Änderungsanträge zu den Satzungsänderungsanträgen:
Montag, 30. März 2020, 24.00 Uhr.
- Für sonstige Anträge:
Donnerstag, 16. April 2020, 24.00 Uhr.

Einzureichen unter:

antraege@bundesparteitag.de

Nach Ende der Antragsfristen werden die Anträge jeweils auf meine-freiheit.de veröffentlicht.

FÜR UNSERE GESUNDHEIT

MACHT **KRANKENPFLEGERIN**
LUNA DIE NACHT ZUM TAG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**

DURCH- GEHECKT!

Der Getränkekarton
mit besten Werten beim
Klimaschutz!

Das belegt eine aktuelle
Ökobilanz nach UBA-Standard.

CO₂

Mehr erfahren Sie unter
karton-natürlich.de



**KARTON,
NATÜRLICH!**

Das Umweltbundesamt (UBA) empfiehlt den
Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch
vorteilhaften Getränkekartons.

 Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.

Unsere Abgeordneten im Thüringer Landtag



Thomas L.
Kemmerich

Fraktionsvorsitzender

Jurist
geboren 1965 in Aachen



Franziska
Baum

Projektmanagerin,
geboren 1982 in Erfurt



Dr. Ute
Bergner

Physikerin,
geboren 1957 in Jena



Robert-Martin
Montag

Parlamentarischer
Geschäftsführer

Referent,
geboren 1980 in Erfurt



Dirk
Bergner

Vizepräsident des
Thüringer Landtags

Diplom-Ingenieur,
geboren 1965 in Leipzig

Wir sind wieder da!



Robert-Martin Montag
Generalsekretär der
FDP Thüringen

Nach einem energischen Wahlkampf, der durch Parteifreunde aus dem gesamten Bundesgebiet unterstützt wurde, hat Thüringen wieder eine liberale Stimme im Parlament. Dabei wird der 27. Oktober 2019 wohl als eine der längsten Wahl Nächte in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Das vorläufige Endergebnis sah die Freien Demokraten kurz nach Mitternacht mit nur einer Handvoll Stimmen im Landtag. Eine Zeit mussten wir bangen.

Doch spätestens mit der Verkündung des amtlichen Endergebnisses am 7. November war sicher: Wir sind wieder da! Mit 73 Stimmen mehr als nötig zogen fünf Liberale als neue Abgeordnete in den Thüringer Landtag. Das Ergebnis zeigt, dass wirklich jede Stimme zählt und dass ein Wahlkampf bis zur letzten Minute darüber entscheiden kann, ob eine politische Idee auch parlamentarisch Gehör findet.

Unsere Kampagne war geprägt von Mut und Optimismus, einer klaren Haltung und Sprache sowie dem Hinweis, dass nur mit dem Einzug der Freien Demokraten eine erneute Mehrheit von Rot-Rot-Grün und Bodo Ramelow verhindert werden kann. Zusammen mit unserem Spitzenkandidaten Thomas L. Kemmerich haben wir nicht nur einen fulminanten Wahl-

Wir halten unser Versprechen!

kampf geführt, sondern auch Eines deutlich gemacht: Die FDP hat klare Positionen und Vorstellungen für Thüringen.

Für uns gilt nach der Wahl das, was wir vor der Wahl gesagt haben: Die Freien Demokraten in Thüringen stehen weder für ein Bündnis mit den Linken noch der AfD oder für deren Tolerierung zur Verfügung.

Umso größer ist unsere Verantwortung im Parlament, sich sach- und lösungsorientiert den Debatten zu stellen. Die aktuelle Situation erfordert gänzlich neue Formen der politischen Zusammenarbeit im Parlament, um dort künftig Mehrheiten zu erreichen. Die Entscheidungsgewalt liegt somit vollständig beim Landtag und muss für jede parlamentarische Initiative jeweils neu errungen werden.

Aus unserer Sicht kann eine konstruktive Zusammenarbeit nur dann gelingen, wenn alle parlamentarischen Akteure mit Respekt vor der Position des jeweils Anderen und unabhängig von der Größe der Fraktionen auf Augenhöhe agieren. Da es, um parlamentarische Mehrheiten zu erreichen, auf jede einzelne Stimme ankommt, kann es nur einen Grundsatz der Zusammenarbeit geben: Keiner der Akteure ist größer als der andere.



Thomas L. Kemmerich,
Fraktionsvorsitzender der FDP Thüringen

Hamburg mit Haltung gestalten

Anna von Treuenfels-Frowein führt Hamburgs FDP in den Bürgerschaftswahlkampf 2020. Am 23. Februar entscheidet die Elbmetropole darüber, ob die bürgerliche Mitte nicht nur in der Bürgerschaft sondern auch im Senat Sitz und eine Stimme erhält. Hier beschreibt die FDP-Spitzenkandidatin die Wahlkampfziele.



Anna von Treuenfels-Frowein
Spitzenkandidatin zur Hamburger
Bürgerschaftswahl 2020

Alles neu macht der – Februar. Das gilt zumindest für Hamburg. Selten war vor einer Bürgerschaftswahl so offen, wer danach die Stadt regiert. Selbst wenn Rot-Grün rechnerisch weitermachen könnte, sinken mit jedem Tag neuer öffentlicher Streitereien der Senatskoalitionäre die Chancen dafür. Und es steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die vier Bürgerschaftsparteien abseits der Links- und Rechtsextremen über Dreierkoalitionen verhandeln.

Die FDP ist also im Spiel. Und das ist gut so, denn der nächste Senat hat große Aufgaben vor sich: Hamburg wird seit Jahren mehr ideenlos verwaltet als agil regiert. Es fehlt die Zukunftsstrategie mit Strahlkraft für eine Millionenmetropole. Statt den Wettbewerb mit den Innovationszentren der Welt zu suchen, ist man im Rathaus stolz, nicht mehr

*Investitionen in Infrastruktur,
Stadtentwicklung und Digitalisierung*

Schlusslicht im Bundesländer-Bildungsranking zu sein. Es mangelt an Ehrgeiz, um bei Digitalisierung und Hafenerneuerung, bei Unternehmensansiedlungen und Bildungsqualität ganz vorn zu stehen. Und es fehlt an Lösungen für relevante politische Probleme.

Rechtsstaat:

Im aufgeheizten öffentlichen Klima unserer Tage wird ein unliebsamer Professor in Hamburger Uni-Vorlesungen niedergebrüllt. Christian Lindner darf dort nicht mit Studenten diskutieren, Sarah Wagenknecht aber schon. Diese Ergebnisse einer rechtsstaatlich irrliehenden Wissenschaftspolitik nehmen die Freien Demokraten nicht hin. Dem hohen

Gut der Meinungsfreiheit und einer parteipolitisch neutralen Lehre werden wir mit Nachdruck wieder Geltung verschaffen. Verlässlichkeit müssen rechtssuchende Bürger auch wieder in der Justiz erleben: Hamburg leistet sich die längsten Verfahrensdauern in der Republik. Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen mit besserer Ausstattung vom Bundesländer-Schlusslicht wieder Richtung Spitze aufrücken. Denn ohne funktionierenden Rechtsstaat leidet die Akzeptanz der Demokratie.

Wirtschaft und Infrastruktur:

Der Konjunkturerinbruch trifft auch die Hamburger Wirtschaft. Deshalb brauchen Unternehmen und Beschäftigte jetzt Entlastung und besondere Unterstützung. Wir Freie Demokraten wollen den Transformationsprozess für eine gelingende Digitalisierung verstärkt fördern, mit attraktiven Angeboten ohne staatliche Überregulierung. Der Infrastrukturausbau in und um Hamburg muss schneller vorankommen, zum Beispiel der Bau der Hafenquerspange A26 Ost und die Erneuerung der Köhlbrandquerung. Statt diese Milliardenprojekte im Schulterschluss mit dem Bund engagiert nach vorn zu treiben, streitet sich Rot-Grün intern über deren Notwendigkeit. Diese Blockaden der Zukunftssicherung Hamburgs werden wir auflösen.

Das Baustellenchaos muss durch Koordinierung der sieben Stadtbezirke mit der Landesebene und anderen Bauträgern im öffentlichen Raum abgestellt werden. Unser liberales Motto lautet: Sachverstand vor Ideologie, keine Dieselfahrverbote oder Fahrradstadt-Dogmen, sondern Förderung eines modernen Mobilitätsmix. Die FDP will, dass der ÖPNV schneller und flächendeckender funktioniert, damit Busse und Bahnen auch für Autofahrer attraktiver werden. Der Mensch wählt das Mittel seiner Mobilität, nicht der Staat – das ist freiheitliche Mobilitätspolitik.

Stadtentwicklung:

Steigende Mieten und der Wohnraumangel sind die größte Sorge der Hamburger, die Wirtschaft beklagt verschleppte Baugenehmigungen. Deshalb müssen wir zugunsten des Marktes Investitionsbremsen lockern: Wir wollen die Mietpreisbremse abschaffen und einen Stopp für weitere "Verhaltensverordnungen". Dem Trend zum Berliner

"Mietendeckel", der auch in Hamburg Unterstützer findet, werden wir mit einem klaren Bekenntnis zum Eigentum entgegentreten. Bauämter müssen digitalisiert, Genehmigungen beschleunigt und Auflagen überprüft werden, um die Metropole für Wirtschaft und Wohnungssuchende attraktiver zu machen. Freiheit schafft Raum für Bauen und Wohnen, nicht Bürokratie.

Hier wie in allen anderen Politikfeldern gilt: Eine Metropole mit Weltstadtanspruch braucht eine klare Haltung für Freiheit und Selbstbestimmung, agile Wirtschaft und exzellente Bildung, funktionierende Mobilität und einen starken Rechtsstaat. Die Hamburger FDP wird das aus der bürgerlichen Mitte heraus deutlich machen: Für einen zweistelligen Wiedereinzug in die Bürgerschaft und eine nachfolgende Regierungsbeteiligung.



Deutschland braucht einen Aufbruch

Die Bundesregierung hat das Land mehr verwaltet als regiert. Dabei könnte Deutschland sogar gestärkt aus dem Wirtschaftsabschwung hervorgehen – wenn denn endlich an den richtigen Stellschrauben gedreht würde.



Manuel Glasfort
Pressereferent der
FDP-Fraktion

Deutschland läuft unter dieser Bundesregierung Gefahr, seine Zukunft zu verschlafen. Während die Konjunktur schwächelt, präsentieren sich Union und SPD antriebs-, ideen- und mutlos. Auch wenn sich die Große Koalition zur Halbzeit ein gutes Zeugnis ausstellt: Die meisten Bürger unterschreiben es nicht. Nur einer von fünf Deutschen ist mit der Arbeit der Regierung zufrieden, wie eine Insa-Umfrage jüngst ergeben hat. Und die Menschen haben allen Grund, mit Union und SPD zu hadern. "Beide Parteien werden nicht mehr durch gemeinsame Projekte zusammengehalten, sondern sind aus Machtinteressen verbunden", sagte unlängst der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner. Wirtschaftspolitisch hat die Bundesregierung nicht nur wenig zustande gebracht, sondern oft in die falsche Rich-

tung gearbeitet. Sie hat es versäumt, das Dach wetterfest zu machen, als die Sonne schien. Nun sind dunkle Wolken aufgezogen. Die Wirtschaftsweisen warnen, dass die deutsche Wirtschaft nicht nur mit konjunkturellen, sondern mit strukturellen Problemen zu kämpfen hat. Wenn Deutschland konkurrenzfähig bleiben soll, muss das Land die Letzhargie der Großen Koalition abschütteln.

Das wochenlange Gezerre um die Grundrente hat gezeigt: Das Umverteilen hat für Union und SPD Vorrang vor dem Erwirtschaften. Die FDP-Fraktion dagegen will den Standort Deutschland stärken und fordert Tempo bei Entlastungen. Der Soli sollte eine befristete Abgabe sein und muss deshalb zum 1.1.2020 vollständig abgeschafft werden. Die teilweise Abschaffung ist zudem verfassungswidrig, weshalb

MEHR

WIRTSCHAFT WACHSTUM WOHLSTAND

die Fraktion dagegen klagen will.

Doch es geht nicht nur um den Soli: Die letzte Unternehmensteuerreform liegt mehr als ein Jahrzehnt zurück. Längst bieten viele Staaten wie die USA und China bessere Bedingungen. Das muss sich ändern. Die FDP-Fraktion macht sich dafür stark, den Körperschaftsteuersatz von 15 auf 12,5 Prozent zu senken und die Unternehmen zugleich spürbar von Bürokratie zu entlasten. Damit würden die Betriebe mehr Spielraum für Investitionen erhalten, nicht zuletzt in die digitale Transformation.

Klar ist: Die deutsche Wirtschaft hat in Sachen Digitalisierung Nachholbedarf. Damit "Made in Germany" auch in der digitalen Wirtschaft zum Gütesiegel wird, will die FDP-Fraktion die Start-up-Kultur fördern. Für junge digitale Unter-

nehmen ist Deutschland nach wie vor ein hartes Pflaster. Heimische Geldgeber, die nach der Gründungsphase weiteres Wachstum ermöglichen, sind rar. Die FDP-Fraktion setzt sich dafür ein, einen Zukunftsfonds für Wagniskapital einzurichten.

Reformbedarf hat sich auch im Sozialsystem angestaut. Mit der Mütterrente I und II, der Rente ab 63 und aktuell der Grundrente verteilt die Große Koalition teure Wahlgeschenke, die zulasten der jüngeren Generation gehen. Statt tatenlos zuzusehen, setzt sich die FDP-Fraktion dafür ein, den Rentenbeitragssatz auf 20 Prozent zu begrenzen.

Christian Lindner hat die Lage prägnant zusammengefasst: "Aus unserer Sicht braucht Deutschland einen neuen Aufbruch."

Nur Veränderung kann Wohlstand erhalten

Deutschland braucht mehr als eine Regierung, die sich selber Fleißkärtchen ausstellt. Das Chaos der Großen Koalition verhindert die wichtigen Impulse für die Weiterentwicklung unseres Landes. Wenn es uns auch in Zukunft gut gehen soll, muss einiges passieren. Was wir jetzt brauchen, ist eine Steuerwende und eine Reformagenda.



Dennis
Schmidt-Bordemann
Komm. Leiter
Medien und Kommunikation

Deutschland geht es gut. So gut wie vielleicht noch nie in seiner Geschichte. Aber dieser Zustand ist kein Schicksal. Schon heute zeigt sich, wir werden einiges ändern müssen, damit die Dinge so bleiben, wie sie sind. Denn das Wachstum in Deutschland stagniert. Schlüsselindustrien wie die Automobilwirtschaft stehen vor einer Strukturkrise. Unternehmen planen, tausende Stellen abzubauen. Gleichzeitig sinkt die Steuerquote immer weiter, während der Anteil an Investitionen im Bundeshaushalt zurückgeht. Die Zuschüsse an die Rentenkasse durchbrechen die 100-Milliarden-Euro-Grenze.

Zur gleichen Zeit verlieren Deutschland und Europa den Anschluss an neue Wachstumsmärkte. In der digitalen Wirtschaft haben China und die Vereinigten Staaten einen

gewaltigen Vorsprung. Bei der Daten-Infrastruktur, beim Mobilfunk- und beim Breitbandausbau ist Deutschland abgeschlagen.

"Die GroKo überzeugt immer weniger Menschen", stellt FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg fest. Tatsache sei, dass die Bundesregierung auf wichtige Zukunftsfragen keine Antwort gebe. "Da hilft es nicht, auf Fleißarbeit zu verweisen. Eine Bundesregierung muss führen und das Land in die richtige Richtung steuern", verlangt Teuteberg. Gebraucht würden jetzt mehr Investitionen statt Umverteilung, mehr Markt- statt Planwirtschaft und mehr Netto vom Brutto.

Damit das kommende Jahrzehnt ein gutes für unser Land wird, haben die Freien Demokraten im Deutschen Bundes-



"Die GroKo überzeugt immer weniger Menschen. Eine Bundesregierung muss führen und das Land in die richtige Richtung steuern", sagt Linda Teuteberg.

Eine andere Steuerpolitik ist möglich und finanzierbar!

tag in den vergangenen Wochen umfangreiche Vorschläge für eine Reformagenda und Steuerwende vorgelegt. "Private Haushalte und der Staat müssen in eine faire Balance gebracht, Unternehmer und Arbeitgeber entlastet werden", fordert FDP-Chef Christian Lindner.

Mit der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum 1. Januar 2020 und weiteren Entlastungen bei der Einkommensteuer, der Gewerbe- und Unternehmenssteuer sollen die Bürgerinnen und Bürger über die nächsten Jahre um rund 200 Milliarden Euro entlastet werden. Das wäre der richtige Impuls, um die Konjunktur anzukurbeln. Außerdem muss mit einem umfassenden Reformprogramm mehr Tempo für Deutschland gemacht werden, um wieder nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Zu diesem Programm

gehören unter anderem bessere Bedingungen für Gründer, ein Investitionsturbo durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für neue Technologien und Innovationen, eine technologieoffene Energie- und Klimapolitik sowie solide Sozialsysteme und stabile Sozialversicherungsbeiträge. Diese Aufgaben kann die Politik ohne zusätzliche Schulden stemmen. Und das muss sie auch. Denn der Staat hat angesichts von Rekordsteuereinnahmen kein Einnahmeproblem. "Im kommenden Jahr gibt der Bund jeden Tag eine Milliarde Euro aus. So viel wie nie", stellte Lindner unlängst fest. Aber auch mit Blick auf die Stabilität des Euro wäre eine Politik der Neuverschuldung unverantwortlich. "Die schwarze Null ist ein politisches Symbol, ohne das in ganz Europa die Dämme brechen."

Reaktionen auf den Mitgliederentscheid und Bundesparteitag der SPD



Marco Buschmann

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion



Das Motto des [#SPDbpt19](#) lautet: Auf in die neue Zeit. Die erste Abstimmung ergibt: Alles soll so bleiben, wie es ist. Kein Wunder, dass keiner weiß, was die Partei will!



Wolfgang Kubicki

Stellvertretender Bundesvorsitzender



Ich gratuliere den neuen Vorsitzenden der SPD, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans zu ihrer Wahl. Ich freue mich auf den Wettstreit mit der SPD – bald auf Augenhöhe. WK



Christian Lindner

FDP-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der FDP-Fraktion



Wenn die neue SPD-Führung die Union politisch erpressen will, darf die CDU etwa bei der schwarzen Null nicht umfallen. Neuwahlen oder Minderheitsregierung auf Zeit wären besser als eine große Schuldenkoalition. Vorhaben, die das Land voranbringen, würden wir unterstützen. CL



Linda Teuteberg

FDP-Generalsekretärin



[#SPD](#) versinkt im Chaos und droht, das Land mitzureißen. Merkel muss zügig Geschäftsgrundlage ihrer Regierung klären. Teure Geschenke an SPD gegen jede Vernunft & auf Kosten des Steuerzahlers haben nichts gebracht. Brauchen dringend [#Politikwechsel!](#) [#GroKo](#)



Bettina Stark-Watzinger

Mitglied des FDP-Bundesvorstands

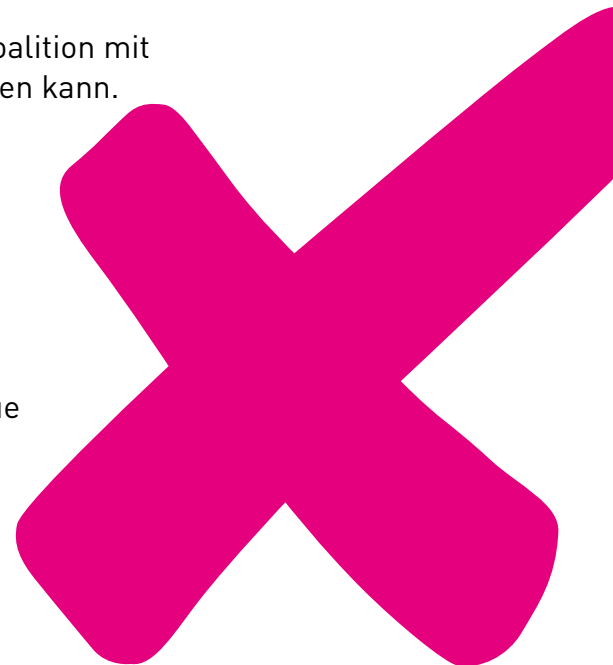


Liebe [@spdde](#), das letzte Jahrtausend hat angerufen: Es möchte seine ideologischen Floskeln zurück. Wirtschaft als Feindbild, Markt vs. Demokratie...ich dachte, wir wären als Gesellschaft schon weiter. Schade. [#SPDbpt19](#) [#DenkenWirNeu](#)

Der GroKo-Ankreuzbogen zum Selberausfüllen!

Da wir zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Heftes nicht wissen konnten, wie der aktuelle Stand der Großen Koalition ist, kreuzen Sie bitte die richtigen Aussagen an (Mehrfachantworten möglich):

- ☐ Die GroKo besteht (noch).
- ☐ Union und SPD verhandeln immer noch darüber, wie die Koalition mit mehr Ausgaben auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden kann.
- ☐ Die SPD hat entschieden, aus der GroKo auszusteigen.
- ☐ Die SPD ist aus der GroKo ausgestiegen.
- ☐ Olaf Scholz ist immer noch Bundesfinanzminister.
- ☐ Erste Stimmen aus der SPD haben Franziska Giffey als neue SPD-Vorsitzende ins Gespräch gebracht.
- ☐ Kevin Kühnert fordert die Abkehr von der Abkehr eines vorschnellen Ausscheidens der SPD aus der GroKo.
- ☐ Die Union strebt eine Minderheitsregierung an.
- ☐ Der Bundespräsident hat Neuwahlen ausgerufen oder steht kurz davor.
- ☐ Die Union hat völlig unerwartet ihr jahrelanges Versprechen eingelöst und zum 1. Januar 2020 die Streichung des Soli durchgesetzt – komplett und für alle.
- ☐ _____





Der vollelektrische **ID.3**

Jetzt entdecken:
volkswagen.de/ID3
#NowYouCan



Senatorin und Gefängnisinsassin: Eine Frau kämpft gegen das Duterte-Regime

Rodrigo Duterte regiert die Philippinen mit eiserner Hand. Kritiker werden mundtot gemacht, Menschen verschwinden, außergerichtliche Hinrichtungen sind Alltag. Die Senatorin Leila M. de Lima kämpfte gegen die Rechtlosigkeit. Doch sie wurde festgenommen und sitzt seit mittlerweile tausend Tagen im Gefängnis. Amnesty International spricht von einer politisch motivierten Haftstrafe. Die FDP-Abgeordneten Gyde Jensen, Peter Heidt und Lukas Köhler haben die Inhaftierung verurteilt. Hier berichtet Vicente M. de Lima vom Schicksal dieser Kämpferin für Menschenrechte, seiner Schwester.



Vicente M. de Lima II
Bruder der Senatorin
Leila M. de Lima

*Sie ist bereits seit über
1000 Tagen im Gefängnis.*

Am 20. November 2019 verbrachte meine Schwester, die philippinische Senatorin und Menschenrechtlerin Leila M. de Lima, ihren tausendsten Tag ungerechtfertigt in Haft. Sie ist eine entschiedene Kritikerin von Präsident Rodrigo Dutertes mörderischem sogenannten Krieg gegen die Drogen und seiner Anti-Menschenrechtspolitik. Leila kam am 24. Februar 2017 nur auf der Grundlage erfundener, politisch motivierter Anschuldigungen ins Gefängnis. Unsere Familie verurteilt die fortgesetzte politische Verfolgung Leilas und die Verletzung ihrer Grundrechte.

Leila hat den Philippinen als Vorsitzende der Menschenrechtskommission (CHR), als Justizministerin und als Senatorin gedient. In der Menschenrechtskommission veranlasste sie Ermittlungen beispielsweise zu dem schlimmsten

politischen Gewaltverbrechen des Landes: dem Massaker von Maguindanao, bei dem 58 Menschen ums Leben kamen. Sie untersuchte auch die Morde des "Davao Death Squad" unter Rodrigo Duterte, damals Bürgermeister von Davao City. Als Justizministerin ordnete Leila unter anderem eine Razzia im Nationalgefängnis an, um den luxuriösen Lebensstil der Drogenbarone zu beenden. Als Senatorin prangerte sie die Missbräuche, die unmenschliche Behandlung und die Morde unter Duterte an.

Wir sind sehr besorgt um Leila. Wir haben Angst, dass diejenigen, die eine Rechnung mit ihr offen haben, sich in der Haft an ihr rächen werden. Sie befindet sich in der Vollzugsanstalt der Nationalpolizei – einem isolierten Gefängnis, in dem es weder Internetzugang noch Fernsehen oder Radio



Senatorin Leila M. de Lima auf dem Weg zu einem Gerichtstermin.

gibt. Sie darf keine ausländischen Besucher empfangen. Ihr Antrag auf Hafturlaub, um die Feier zum Abschluss des Jurastudiums ihres Sohnes zu besuchen, wurde abgelehnt. Bis heute bleibt Leila ihrem Beamteneid treu, für das Gute und für die Gerechtigkeit zu kämpfen. Selbst in Haft erfüllt sie noch ihre Aufgaben als Senatorin. Aus ihrer Zelle heraus hat sie schon 120 Gesetzesentwürfe und 163 Resolutionen eingereicht. In handschriftlichen Stellungnahmen prangert sie das Duterte-Regime konsequent an: Wegen des sogenannten Krieges gegen die Drogen, der Korruption sowie der Angriffe auf die Demokratie. Beharrlich warnt sie vor der sich abzeichnenden Diktatur unter Duterte. So besorgt wir sind, ist unsere Familie auch sehr stolz auf Leila, und wir sind dankbar für die Menschen und die Orga-

nisationen im In- und Ausland, die weiterhin ihre Solidarität bekunden. Wir werden niemals die Hoffnung aufgeben und sind zuversichtlich, dass meine Schwester ihre Freiheit wiedererlangen und Gerechtigkeit erfahren wird.

Selbst in ihrer Haft setzt sich Leila M. De Lima für Menschenrechte ein. Die "Financial Times" kürte sie zur vierteinflussreichsten Frau des Jahres 2019!

Nachruf auf Jimmy Schulz – Netzpolitiker der ersten Stunde



Jimmy Schulz ist tot – diese traurige Nachricht erreichte uns als liberale Familie am 25. November 2019.

Jimmy Schulz war ein leidenschaftlicher Liberaler und ein engagierter Parlamentarier. Er wurde am 22. Oktober 1968 in Freiburg im Breisgau geboren. Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 2009 bis 2013 und wieder seit 2017 an. In der laufenden Wahlperiode war er Vorsitzender des für uns Freie Demokraten so wichtigen Ausschusses Digitale Agenda. Der FDP war er im Jahr 2000 beigetreten, wo er sich in vielfältiger und herausgehobener Weise engagierte: Unter anderem war er von 2012 bis 2018 Vorsitzender des Bezirksverbands Oberbayern und gehörte von 2013 bis 2019 dem Bundesvorstand an.

Jimmy Schulz hat die Freiheit geliebt. Deswegen hat er sich zuhause und in aller Welt so sehr für sie eingesetzt. Er war ein Netzpolitiker der ersten Stunde. Seine Überzeugung war es, dass eine der größten Herausforderungen unserer Zeit der Kampf für ein freies Internet ist, das er als Lebensader unserer Gesellschaft bezeichnete. Entschlossen hat er für unsere Bürgerrechte gestritten und für die digitale Selbstbestimmung gekämpft: etwa gegen die Vorratsdatenspeicherung, die Online-Durchsuchung und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

Erst kürzlich noch brachte er im Bundestag eine Initiative ein, die ihm persönlich ein Anliegen war: für ein Recht auf Verschlüsselung von Kommunikation und Daten, weil Privatsphäre für ihn eine der wirklich zentralen Säulen von Freiheit war. Jimmy Schulz war hartnäckig in der Sache und dabei immer herzlich und lebensfroh. Über Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus genoss er großes Ansehen. In der internationalen netzpolitischen Community galt er nicht nur als kluger Gesprächspartner, sondern auch als Verbündeter.

Jimmy Schulz hatte sehr große Expertise – vor allen Dingen aber war er ein wirklich feiner Mensch. Er war schon lange sehr schwer erkrankt, aber hat uns alle beeindruckt mit der großen Tapferkeit angesichts seines Schicksals. Oft genug war es so, dass er uns Mut gemacht hat, mit seiner schweren Erkrankung umgehen zu können, als dass wir ihn aufbauen mussten. Seinen letzten Kampf hat er nicht gewinnen können. Unsere Gedanken sind bei seiner Frau, seinen Kindern und seinen Freunden. Jimmy Schulz wird uns sehr fehlen. Wir werden uns weiter für seine politischen Ziele einsetzen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Christian Lindner,
Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP

Wer die Wirtschaft links liegen lässt, muss sich über Probleme von rechts nicht wundern.

TEMPO
FÜR DEUTSCHLAND

fdpbt.de/tempomacher



Freie Demokraten

Fraktion im Bundestag **FDP**

Eine starke Wirtschaft bedeutet Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge. Sie ist Bedingung für eine Gesellschaft mit Chancen zum sozialen Aufstieg für alle, Investitionen des Staates in Bildung, Forschung und Infrastruktur sowie soziale Sicherheit und politische Stabilität. Daher gilt: Wer die Wirtschaft links liegen lässt, darf sich über rechts nicht wundern. Deshalb fordert die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag ein schnelles Zukunftsprogramm für eine starke deutsche Wirtschaft:

1.

Steuerliche Entlastung für Mittelstand, Handwerk und Industrie, damit diese mehr in ihre Wettbewerbsfähigkeit investieren können. Dazu gehören die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages und eine Senkung der Körperschaftsteuer. Wenn die USA, Frankreich, Großbritannien und China ihre Unternehmen entlasten, dann müssen wir das auch. Nur so haben unsere Unternehmen eine faire Chance im globalen Wettbewerb.

2.

Offensive für Bürokratieabbau, denn Unternehmen sollen sich mehr mit ihrem Geschäft als mit Papierkram befassen dürfen. Dazu gehören etwa die Verkürzung der Aufbewahrungspflichten für Steuerunterlagen sowie die Vereinfachung des Ausschreibungsverfahrens für öffentliche Aufträge. Zudem muss der Arbeitsmarkt flexibler werden. Wir brauchen mehr Spielraum bei der Regelung von Arbeitszeiten. Der Abbau von Bürokratie und starrer Regulierung schafft Freiräume und ist eine Investition in die Zukunft.

3.

Vereinfachung und Verbesserung für Start-ups, um den Gründer-Standort Deutschland deutlich attraktiver zu machen. Dazu gehören bessere Rahmenbedingungen für Risikokapital und einfachere Wege, um Mitarbeiter am Eigenkapital von Unternehmen zu beteiligen. Mit einem Eigenkapitalturbo wollen wir Anreize setzen, damit Eigenkapital langfristig und nachhaltig investiert wird.

4.

Marktwirtschaftliche und technologieoffene Energie- und Klimapolitik anstelle von kleinteiligem nationalen und ineffizientem Aktionismus. Nur durch eine marktwirtschaftliche Innovationsoffensive können wir es schaffen, den Klimaschutz nachhaltig voranzubringen. Dazu gehören echte Technologieoffenheit in der Klimapolitik und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, beispielsweise im Bereich der Strom- und Schienennetze. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit stärken, indem wir die Stromsteuer und die EEG-Umlage senken.

5.

Ein Belastungsstopp, solange das Wirtschaftswachstum unter der Marke von zwei Prozent bleibt. Dazu gehört, dass es so lange keine Steuererhöhungen, keine neue zusätzliche Bürokratie, keine neuen Umverteilungsprogramme, keine zusätzlichen Ausgaben für konsumtive Zwecke und keine weiteren Eingriffe in die unternehmerische Freiheit gibt.

6.

Fachkräftemangel mit zielgenauer Einwanderungspolitik und Bildung auf Weltniveau begegnen. Wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz, das Zuwanderung effektiv steuert und die besten Köpfe nach Deutschland holt. Dazu gehört ein modernes Punktesystem nach dem Vorbild Kanadas. Außerdem brauchen wir ein Update unseres Bildungsföderalismus. Bund und Länder müssen sich dauerhaft und gemeinsam um hochwertige Bildung kümmern können. Die Digitalisierung der Schulen darf nicht bei Gebäuden und Technik aufhören, sondern muss sich durch einen Digitalpakt 2.0 auch in modernen Lehr- und Lernmethoden niederschlagen. Mit einer Exzellenzinitiative wollen wir der beruflichen Bildung wieder den Stellenwert geben, den sie verdient. Ein Meister muss so viel wert sein wie ein Master.

7.

Deutschland braucht eine digitale Investitionsoffensive. Um den Wandel, den unsere Wirtschaft und Gesellschaft durch die Digitalisierung durchlaufen, erfolgreich zu meistern, müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen. Dazu gehört ein Investitions-Sofortprogramm, das grundsätzlich die degressive Abschreibung für Wirtschaftsgüter fördert und zusätzlich eine Sonderabschreibung für Digitales einführt. Außerdem eine unbürokratische Forschungsförderung, ein Zukunftsfonds für Wagniskapital und ein Update für das Wettbewerbsrecht, das Fair Play im Bereich der Fusionskontrolle und der Missbrauchsaufsicht garantiert.